

Donnerstag, den 16.12.2021 – 4.-7. Stunde

VORSCHLAG B

Internationale Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung – CO₂ Abgabe auf Importe in die EU – Klimaschutz oder Protektionismus?

Name, Vorname: _____

1. Fasse das [Material 1] zusammen. 25%
2. Erkläre die beiden außenhandelspolitischen Leitbilder: Freihandel und Protektionismus. Ordne die CO₂ Abgabe der EU begründet zu. 25%
3. *Das Europaparlament forderte die EU-Kommission am 12.03.2021 dazu auf, ein CO₂ Grenzausgleichssystem zu erarbeiten, mit dessen Hilfe es möglich werden sollte bestimmte Importe aus Ländern mit geringeren Klimaschutzstandards mit einer CO₂ Abgabe zu versehen. Laut EU Parlament dürften mit dem neuen Instrument allein Klimaschutzziele verfolgt werden. Die Einnahmen (Schätzungen zufolge zwischen 5-14 Mrd. €/Jahr) sollten in die Schaffung einer klimaneutralen EU investiert werden. 444 Abgeordnete stimmten mit Ja, 70 mit Nein und 181 enthielten sich.*
Erkläre, ausgehend von der Beauftragung der EU-Kommission das Gesetzgebungsverfahren in der EU. 20%
4. Diskutiere, ob die CO₂ Abgabe auf Importe in die EU ein sinnvolles a) handelspolitisches und b) klimapolitisches Instrument ist. 30%

Am Ende bitte Wörter zählen! ☺☺☺

Viel Erfolg!!!

[Material 1] Tim Schauenberg: CO2-Steuer an Europas Grenzen: Revolution oder Protektionismus?

Die Europäische Union hat ihre Klimaziele nachgeschärft. Bis 2030 will die Staatengemeinschaft ihre Treibhausgasemissionen nun um 55 Prozent senken, statt wie bisher geplant um 40 Prozent. Dafür muss sie ihre emissionsintensive Industrie rasch umbauen. Große Verschmutzer in Europa sollen in Zukunft durch höhere CO₂-Preise¹ zur Kasse gebeten und dadurch zur Umstellung auf klimafreundlichere Produktionsverfahren gedrängt werden.

Damit für europäische Hersteller im internationalen Wettbewerb kein Nachteil entsteht, plant die EU-Kommission gleichzeitig eine CO₂-Steuer auf Importe aus dem Ausland. Der sogenannte Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ist weltweit Neuland. Von einer CO₂-Abgabe wären importierte Produkte aus besonders emissionsintensiven Industrien wie Stahl, Zement, Aluminium, Düngemittel und Energie betroffen.

Das heißt: Will etwa ein chinesisches Unternehmen in der EU Stahl verkaufen, der bei der Herstellung mehr CO₂-Emissionen verursacht hat als in Europa produzierter Stahl, muss es den in der EU geltenden CO₂-Preis pro Tonne bei der Einfuhr zahlen. Ab 2026 soll der Mechanismus laut EU-Kommission vollständig in Kraft treten.

Ein Ziel ist es, Industriebetriebe in der EU dazu zu bringen, nachhaltiger zu produzieren, ohne dass sie durch erhöhte CO₂-Abgaben im globalen Preiskampf ins Hintertreffen geraten.

„Die wirtschaftlichen Grundlagen sind ganz einfach. Wir haben einen hohen CO₂-Preis in der EU. Anderswo haben wir keine hohen CO₂-Preise. Damit sind die EU-Produzenten im Wettbewerb mit anderen Ländern im Nachteil“ sagt Hector Pollitt, Wirtschaftswissenschaftler an der University of Cambridge.

Bereits jetzt müssen in der EU 11.000 Industriebetriebe wie Ölraffinerien und Stahlwerke sowie Aluminium-, Metall-, Zement- und Chemieunternehmen ab einer Obergrenze Abgaben auf ihre CO₂-Emissionen zahlen. Doch das 2005 eingeführte sogenannte EU Emissions Trading System war wegen der Ausnahmen für viele Unternehmen und einem niedrigen CO₂-Preis – 2016 lag er gerade mal bei drei Euro pro Tonne – nicht sehr erfolgreich. Das soll sich nun ändern. 2021 ist der CO₂-Preis in der EU auf 69 Euro pro Tonne gestiegen und hat sich damit innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt.

Mit der Abgabe auf importierte Waren soll vor allem das sogenannte Carbon Leakage, die CO₂-Preis-Flucht, verhindert werden. „Es würde unsere Bemühungen untergraben, wenn Unternehmen abwandern, um den CO₂-Preis der EU zu vermeiden“, so EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung Paolo Gentiloni in einem Statement zu den Plänen. Der neue Mechanismus soll verhindern, dass Konzerne ihre Produktion aus der EU in Länder mit geringeren Umweltstandards verlagern, um die Ware von dort aus in die EU zu verkaufen.

Zu den am stärksten von der CO₂-Importsteuer CBAM betroffenen Ländern gehören Russland, China, die Türkei, das Vereinigte Königreich, die Ukraine, Südkorea und Indien. ... Die geplante neue Steuer der EU hat Konfliktpotenzial. Wenn Länder die CO₂-Steuer als Protektionismus wahrnehmen und Gegenmaßnahmen einleiten, sei die Möglichkeit eines Handelskriegs nicht ausgeschlossen, so Sanna Markkanen, Senior Analystin am Cambridge Institute for Sustainability Leadership (CISL). Sie sieht aber insgesamt eher positive Anzeichen für die Entwicklung eines nachhaltigeren internationalen Handelssystems: „Es gibt gute Gründe dafür, dass die EU und die USA vielleicht tatsächlich versuchen könnten, zusammenzuarbeiten und einen sogenannten ‘Carbon Club’² zu gründen.“

Bei der EU besteht man darauf, dass es sich bei dem Mechanismus um „ein umweltpolitisches Instrument, keinen Zoll“ handelt, so EU-Kommissar Gentiloni.

Durch eine Kooperation zwischen der EU und den USA könne der Preis für „schmutzig“ produzierten Stahl aus China angehoben werden. Damit könnte der Wettbewerbsvorteil chinesischer Firmen, die von staatlichen Subventionen und niedrigeren Umweltstandards profitierten, möglicherweise wettgemacht werden, sagt Kevin Dempsey vom Dachverband Nordamerikanischer Stahlproduzenten AISI. Neben dem Schutz der eigenen Wirtschaft soll mit der CO₂-Abgabe der EU auch Druck auf andere Länder ausgeübt werden, ihre Wirtschaft möglichst bald nachhaltiger zu gestalten. [...]

Laut Berechnungen von Sanna Markkanen und Hector Pollitt könnten Unternehmen in der EU durch eine höhere Nachfrage und höhere Preise für klimaschädlichere Waren aus dem Ausland etwas profitieren. Bis

2030 könnte das Bruttoinlandsprodukt in der EU demnach um 0,2 Prozent wachsen und bis zu 600.000 neue
50 Jobs geschaffen werden.
Zwar könnte der Mechanismus bei großen Handelspartnern und mächtigen, finanzstarken Ländern ein
Druckmittel sein. Doch ärmere Länder, die stark vom Handel mit der EU abhängig sind, könnten abgehängt
werden, warnt Chiara Putaturo, Beraterin für Ungleichheit und Steuerpolitik im EU-Büro der
Nichtregierungsorganisation Oxfam.
55 Preisaufschläge auf Produkte könnten „zu geringeren Exporten in die EU führen, das hätte negative
Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und allgemein auf die Mobilisierung von Steuereinnahmen in diesen
Ländern. Es könnte sogar die Investitionen in eine nachhaltige Transformation eines Landes untergraben.“
Vor allem die Stahl- und Aluminiumindustrie in Mosambik, Sambia, Sierra Leone und Gambia wären durch
die neue Steuer betroffen. Waren aus am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) machen zwar gerade mal
60 0,1 Prozent aller EU-Importe aus. Höhere Abgaben könnten jedoch für die einzelnen Länder gravierende
Folgen haben. Etwa für Mosambik, wo 70 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze leben. Über die
Hälfte der Stahl- und Aluminiumexporte des Landes gehen in die EU.
Ausnahmen für bestimmte Länder sind bisher nicht vorgesehen. Laut Oxfam waren die reichsten zehn Prozent
der Weltbevölkerung – die meisten davon leben in den USA und der EU – für etwa die Hälfte der weltweiten
65 Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2015 verantwortlich. Die ärmsten 50 Prozent der Welt
verursachten dagegen mal für sieben Prozent der Emissionen. „Wir müssen also sehr vorsichtig sein, wenn
wir andere Länder auffordern, für ein Problem zu zahlen, das wir selbst verursacht haben,“ so Putaturo.
Und wie die Kohlenstoffbilanz eines Produkts genau berechnet werden soll, ist bisher unklar. Ein
standardisiertes Verfahren gäbe es bisher nicht, so Sanna Markkanen von CISL.
70 Für Entwicklungsländer könnten außerdem „die Einführung dieser Bemessungsverfahren furchtbar teuer sein,
so dass kleinere Hersteller in vielen Fällen gar nicht die Kapazität hätten, diese Maßnahmen zu realisieren“.
Bisher ist nicht geplant, die Einnahmen der EU aus der CO₂-Abgabe gezielt in nachhaltige Entwicklung zu
investieren. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen fordert deshalb, dieses Geld sowohl in der EU,
aber vor allem in einkommensschwachen Ländern des globalen Südens für mehr Klimaschutz und zur
75 Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen.

Quelle: Tim Schauenberg: CO₂-Steuer an Europas Grenzen: Revolution oder Protektionismus?, veröffentlicht am 07.12.2021
auf der Internetseite von Deutsche Welle < <https://www.dw.com/de/co2-steuer-eu-importe-klimaschutz-europa/a-59918233> >
abgerufen am: 10.12.2021.

¹ **CO₂ Preis und Zertifikatehandel mit CO₂ Emissionsrechten:** Um eine bestimmte Menge Kohlendioxid (CO₂)
ausstoßen zu können, müssen sich Unternehmen EU weit an den Energiebörsen verbriefte Rechte (Zertifikate)
kaufen. Da die Gesamtmenge an CO₂ Emissionen sinken soll, verringert sich auch die Zahl der Zertifikate. Damit
steigt der Preis für die immer wertvolleren Emissionsrechte. Mittlerweile wird das Zertifikat, um eine Tonne CO₂
auszustoßen, für 60€ gehandelt.

² **Carbon Club:** oder auch: Klimacub ist eine Erfindung von Olaf Scholz. Staaten, die das Ziel verfolgen, alle bis
Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden zu wollen, sollen sich darin zusammenschließen und
zusammenarbeiten. Dabei schützen sie sich vor Wettbewerbsnachteilen, die strenge Klimavorschriften oder hohe
CO₂-Preise im eigenen Land unter Umständen mit sich bringen. So könnten beispielsweise alle Staaten, die dem
Klimacub angehören, die im Text besprochenen CO₂ Grenzabgaben für ihre Länder einführen.